

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

September 2015

www.kas.de

Österreich und Ungarn, sowie über die Flüchtlingsrouten auf dem Balkan berichtet. Auch hier sucht man vergeblich nach einem Bericht über den Umgang Frankreichs mit den Flüchtlingen.

Ein Blick auf die Internetseiten der drei großen Parteien – Parti Socialiste, Les Républicains und Front National – zeigt, dass das Flüchtlingsthema keine herausgehobene Rolle spielt. Für die Sozialisten mahnte der migrationspolitische Sprecher Maurice Braud anlässlich der Flüchtlingskonferenz in Wien am 27. August 2015 eine „rasche, gemeinsame und solidarische Aktion“ der EU an. Die Républicains beschränken sich in zwei Pressemitteilungen darauf, den französischen Präsidenten François Hollande und die Regierung dafür zu kritisieren, dass sie keine europäische Initiative ergreifen. Die Vorsitzende der rechtsextremen Front National lässt sich mit dem Satz zitieren, dass die Europäische Union sämtliche Flüchtlinge einfach wieder in die nordafrikanischen Häfen zurückbringen solle.

Zwei Ausnahmen gibt es in der Berichterstattung: nämlich dort, wo sich die Lage von Flüchtlingen in Frankreich selbst zuspitzt: an der italienisch-französischen Grenze bei Ventimiglia und in der nordfranzösischen Hafenstadt Calais. Ausführlich berichteten die Medien über mehrere tausend Flüchtlinge aus Afrika, die nahe der am Mittelmeer gelegenen Grenzstadt Ventimiglia ohne die notwendigen Ausweispapiere tagelang an der Einreise nach Frankreich gehindert wurden. In Calais hatte die französische Polizei hunderte von Flüchtlingen wiederholt daran hindern müssen, illegal die Züge zu besteigen, die unter dem Kanal hindurch Großbritannien mit dem europäischen Festland verbinden.

Die Brennpunkte in diesen beiden Grenzstädten machen jedoch deutlich, dass Frankreich tendenziell nicht Zielland sondern Transitland der Migranten ist. Das Gros der Flüchtlinge möchte offenbar nach Deutschland, Großbritannien oder in die skandinavischen Länder gelangen, nicht aber nach Frankreich. Diese drei Länder gelten – im Gegensatz zu Frankreich – aufgrund ihrer derzeit vergleichsweise guten wirtschaftlichen Lage als „Eldorado“ für Migranten. Dies sei auch der Grund, warum vor allem Deutschland von der Flüchtlingsbewegung stärker betroffen sei als Frankreich und das Thema in den vergangenen Wochen in der französischen Öffentlichkeit keine herausgehobene Rolle gespielt hat.

Auffällig ist, dass die französischen Medien am Umgang Deutschlands mit den Flüchtlingen sehr interessiert sind. In den ausführlichen Beiträgen werden die für Asylbewerber vorgesehenen Leistungen sowie die wachsenden Belastungen der Kommunen, aber auch die Aufstockung des Personals des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) um 2.000 Mitarbeiter sowie das große ehrenamtliche Engagement unzähliger freiwilliger Helfer geschildert.

Auch die Anschläge auf Flüchtlingsheime werden erwähnt, jedoch weisen die französischen Korrespondenten in aller Klarheit auf den rechtsextremistischen Hintergrund der mutmaßlichen Täter hin. Gleichzeitig informieren die französischen Medien über die Reaktionen aus Politik und Zivilgesellschaft. So wird etwa über Gegendemonstrationen oder über die deutlichen Worte der Bundeskanzlerin berichtet.

Mit großem Interesse wird in Frankreich der Umgang der Bundesregierung mit der Flüchtlingsbewegung verfolgt. Die Kommentatoren erörtern die Initiativen der Bundeskanzlerin und kritisieren gleichzeitig den Präsidenten und die eigene Regierung dafür, dass Frankreich in dieser europäischen Frage keine Führung zeigt. Präsident Hollande habe eine weitere Chance verpasst, sich als europäische Führungspersönlichkeit zu profilieren.

Griechenland

Susanna Vogt / Jeroen Kohls (29.09.2015)

Griechenland nimmt nicht nur aufgrund seiner geographischen Lage als erster Schengen-Mitgliedstaat an der östlichen Mittelmeer-Migrationsroute eine besondere Position in der aktuellen Krise um die Frage des Umgangs mit der sprunghaft angestiegenen, irregulären Mig-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

ration in die Europäische Union ein. Auch aufgrund der seit sechs Jahren im Land herrschenden, schweren Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der anhaltenden politischen Instabilität ist Griechenland in seinen Kapazitäten, mit der Flüchtlingskrise umzugehen, völlig überfordert. Objektive Überbeanspruchung mischen sich mit konzeptioneller sowie administrativer Überforderung und werden zudem durch ideologische Grabenkämpfe im Umgang mit Einwanderung und Integration belastet.

Eingangstor in die Europäische Union

Griechenland ist für die Flüchtlinge ein Zugangstor zur Europäischen Union. Dies trifft vor allem für Kriegsflüchtlinge und Migranten aus dem Nahen Osten zu, hier vor allem Syrien, Irak, Afghanistan. Aber auch aus Pakistan, Bangladesch sowie dem östlichen Afrika kommen zahlreiche Flüchtlinge ebenso wie Wirtschaftsmigranten in das Land. Aus den genannten Herkunftsstaaten versuchen diese Gruppen primär, über die östliche Mittelmeerroute in die EU zu gelangen und auf der Balkanroute weiterzuziehen. Von der Türkei, über die die Flüchtenden mehrheitlich reisen, sind es beispielsweise bis zu den griechischen Inseln Lesbos, Chios, Kos, Samos und Leros, wo allein im Juli dieses Jahres jeden Tag Tausende ankamen, oftmals nur wenige Kilometer über die Seegrenze. Trotz verstärkter Bemühungen von europäischer Seite – auch die Türkei ist involviert, hat jedoch nur ein geringes Interesse an einem effektiven Grenzschutz ihrerseits – ist diese Grenze über das Mittelmeer kaum zu kontrollieren. Bereits im Jahr 2014 hatten sich die Zahlen stark erhöht und der Trend hat sich mit den neuerlichen, massiven Flüchtlings- und Migrationsströmen für 2015 fortgesetzt. Im Jahr 2014 haben 276.113 Personen die EU-Außengrenzen irregulär übertreten, davon kamen allein 50.830 über Griechenland. Mit 132.240 Grenzübertritten bis Juli 2015 hat die östliche Mittelmeerroute via Griechenland inzwischen die noch im Vorjahr mit insgesamt 170.760 Übertritten deutlich wichtigere Zentralroute im Mittelmeer über Libyen und Malta sowie Italien abgelöst.

Administrative und politische Überforderung

Die Zahl der in Griechenland ankommenden Migranten und Flüchtlinge hat sich 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 750 Prozent erhöht. Die aus diesem massiven Anstieg resultierende Überforderung der griechischen Verwaltung, die teilweise katastrophale Situation auf den Inseln sowie die Ereignisse an der griechisch-mazedonischen Grenze machten in den vergangenen Wochen internationale Schlagzeilen. Eine schon vorher unter humanitären, europarechtlichen und integrationspolitischen Gesichtspunkten sehr zweifelhaft aufgestellte Politik geriet offenkundig aus den Fugen. Zugleich weisen die griechischen Verantwortungsträger mit Recht darauf hin, dass das Land aufgrund seiner Exponiertheit mehr europäische Unterstützung und eine entsprechend gemeinsame Lösung für viele der Probleme, mit denen Griechenland derzeit allein konfrontiert ist, braucht.

90 Prozent der in Griechenland ankommenden Flüchtlinge stammen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Allein aus Syrien kamen in Griechenland bis Mitte August 2015 rund 106.000 Bürgerkriegsflüchtlinge an. Lediglich 8 Prozent der Ankommenden beantragen in Griechenland Asyl – die überwiegende Mehrheit will weiter nach Österreich, Deutschland, Großbritannien und Skandinavien. Daraus resultieren erhebliche Risiken und Probleme auf den dabei von den Flüchtlingen und Migranten gewählten Landrouten sowie an den entsprechenden Ländergrenzen. So sorgte im August die Abriegelung der griechisch-mazedonischen Grenze durch mazedonische Grenzsoldaten für tumultartige Zustände. Seit der Wiederöffnung der Grenze haben Tausende Flüchtlinge und Migranten Mazedonien auf dem Weg nach Serbien durchquert. Genauso wie die griechischen Verantwortlichen halten auch die mazedonischen Behörden die Weiterziehenden im eigenen Land nicht auf.

Schuldfragen

In der griechischen politischen und öffentlichen Diskussion wird in erster Linie die Europäische Union sowie die im Land schon fast „dämonisierte“ Dublin-Regelung zur Migration für die aktuelle Situation verantwortlich gemacht. Dass es hier bereits einige Veränderungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

hin zu einer Flexibilisierung des bestehenden Regelwerks – so wie die direkte Bearbeitung von Asylanträgen syrischer Bürgerkriegsflüchtlinge auch in Frankreich und Deutschland – gegeben hat, wird wenig beachtet. Auch dass alle EU-Mitgliedstaaten bereits seit 2013 die Rückführung von Asylbewerbern nach Griechenland aufgrund der schlechten humanitären Situation in den griechischen Auffanglagern ausgesetzt hatten, spielt in den Diskussionen eine nur nachgeordnete Rolle. Viel Zustimmung hat in Griechenland der Vorschlag von EU-Kommissionspräsident Juncker gefunden, Quoten für die Verteilung von 120.000 Migranten und Flüchtlinge in der EU zu finden. Doch neben der EU rückt auch zusehends die eigene Regierung in den Fokus der Kritik: nach dem Abschluss der Verhandlungen mit den Kreditgebern ist die Migrationsfrage in Griechenland dominierendes Tagesthema geworden. Die jüngsten Ereignisse sowie die späten administrativen Reaktionen – wie die Bereitstellung einer Fähre für die Registrierung und den Transfer von tausenden Migranten und Flüchtlingen von den griechischen Inseln nach Athen ebenso wie die verzögerte Identifikation von Unterkunftsmöglichkeiten in Anbetracht des beginnenden, heftigen Herbstregens – haben die Stimmen wachsen lassen, die auch in der Migrationspolitik ein Scheitern der ersten SYRIZA-ANEL-Koalition sehen: Sie habe an den Erwartungen und Bedürfnissen der Griechen in diesem Punkt vorbeiregiert – und zwar, anders als in den Verhandlungen mit den Kreditgebern, weil sie tatsächlich ihre Wahlversprechen umgesetzt habe. Darauf hat Ministerpräsident Tsipras durch die Berufung von Giannis Mouzalas, Gründungsmitglied der griechischen Sektion der *Médécins du Monde*, als neuen Minister für Migration in seiner jüngsten Kabinettsbildung nach dem Wahlsieg zu reagieren versucht.

Innenpolitische Registerwechsel

Eine konsistente Migrations- und Integrationspolitik war in Griechenland nie oben auf der politischen Tagesordnung. Wechselnde griechische Regierungen unterschiedlicher politischer Couleur haben sich nur im Mindestmaß mit dem Thema konstruktiv auseinandergesetzt. Und mit dem Ausbrechen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der sich in der Folge verschärfenden ökonomischen Lage auch für die Migranten und Flüchtlinge im Land wurde vielmehr eine eher harte, entsprechend umstrittene Politik von „Recht und Ordnung“ durchgesetzt. Zu ihr gehörte die konsequente Verbringung von irregulären Migranten in die Auffanglager, die über das Land verteilt und unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten in höchst fragwürdigen Zuständen waren. Nachdem sich das oppositionelle Linksbündnis SYRIZA im Wahlkampf mit einer vollkommen anders gelagerten Migrations- und Asylpolitik positioniert hatte, erfolgte als entscheidender Schritt – und als eine der wenigen eigenen politischen Handlungen der ersten SYRIZA-Regierung überhaupt – die graduelle Verkleinerung von fast allen Auffanglagern Griechenlands. Amygdaleza, das wichtigste Auffanglager in der Nähe von Athen, wurde ebenfalls in der Größe reduziert und sollte nach dem Plan der SYRIZA-Regierung nur noch als Ausreise-Lager für straffällig gewordene Migranten dienen. Die Regierung beschränkte die maximale Aufenthaltsdauer in den Lagern deutlich und stattete manche irreguläre Migranten und Flüchtlinge mit Aufenthaltsvisa aus, die die Weiterreise nach Norden ermöglichten. SYRIZA hatte vor der Wahl das hehre Ziel der „sozialen Inklusion und rechtlichen Gleichstellung“ aller Migranten und Flüchtlinge formuliert. Leider blieb die politisch motivierte, graduelle Öffnung der Auffanglager administrativ und logistisch vollkommen unbegleitet: tausende Migranten und Flüchtlinge strömten plötzlich in die Athener Innenstadt und schließlich weiter nach Norden. Es resultierte im Wesentlichen eine Verstärkung der „pull-Faktoren“ für weitere Migration – war eine klare Linie von SYRIZA doch, dass kein Migrant am Betreten griechischen Bodens gehindert werden sollte. In der Folge sieht sich die griechische Regierung mit dem Vorwurf konfrontiert, die neuerlich verschlimmerte Situation der Migranten und Flüchtlinge – verstärkter Zustrom über gefährliche Seepassagen sowie Weiterreise gen Norden mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden – durch ihr politisches Handeln befördert zu haben.

Transitland

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

Griechenland, so sehr es akut vom Flüchtlingszustrom betroffen ist, ist kein klassisches Asyl- und Bleibeland: die geringe Zahl der Asylanträge zeigt dies. Für viele Flüchtlinge und Migranten ist das Land aufgrund der wirtschaftlichen Krise noch unattraktiver für den Verbleib geworden. Hatte zuvor noch ein robuster (Schwarz-)Arbeitsmarkt viele der Migranten integriert, so finden sich für die meisten Zuwanderer kaum noch Beschäftigungsmöglichkeiten. Außerdem hat sich auch das politische und gesellschaftliche Klima merklich aufgeheizt. Der Aufstieg der neofaschistischen, offen ausländerfeindlichen Goldenen Morgendämmerung zur erneut drittstärksten Partei im griechischen Parlament hat zwar vor allem mit antisystemischen Protestwählern zu tun. Aber die Partei kann aus der unzureichenden Migrations- und quasi inexistenten Integrationspolitik weitere Zustimmung generieren. Vor diesem Hintergrund ist auch die Willkommenskultur in Griechenland nicht besonders ausgeprägt: man geht davon aus, dass die Migranten und Flüchtlinge ohnehin nicht im Land bleiben möchten. Ähnlich aussagekräftig ist auch der Blick auf die vor allem in den 1990er Jahren massenhaft nach Griechenland migrierten Albaner: obwohl sich diese sprachlich sehr schnell und in der zweiten Generation auch in griechischen Schulen und Universitäten gut integriert haben, blickt man immer noch skeptisch auf diese Bevölkerungsgruppe.

Griechenland vereint durch seine jüngsten politischen Richtungswechsel in Sachen Migrations- und Asylpolitik sowie die administrativen und gesellschaftlichen Herausforderungen im Umgang mit den irregulären Migranten und Kriegsflüchtlingen viele der gesamteuropäischen Probleme wie in einem Brennglas. Das Land steht zudem unter weiterhin großem wirtschaftlichem und strukturellem Reformdruck und als entsprechend angespannt muss die Stimmung mit Blick auf die griechische und gesamteuropäische Flüchtlings- und Migrationspolitik charakterisiert werden.

Großbritannien

Hans-Hartwig Blomeier (29.09.2015)

Das Thema Migration steht in Großbritannien seit längerem und nicht erst seit der jüngsten Zuspitzung Flüchtlingsproblematik im Mittelpunkt der innenpolitischen Debatte. Der Europawahlkampf 2014 stand ganz im Zeichen diese Frage, wobei sich dies im wesentlichen darauf reduzierte inwieweit die EU-Mitgliedschaft letztlich maßgeblich für den unkontrollierten Zufluss von Migranten nach Großbritannien verantwortlich und inwieweit das Land an seine Grenzen hinsichtlich Aufnahmekapazität (Sozialversicherung, Wohnungsbau, Erziehungssystem) gelangt sei.

Dabei ist bemerkenswert, dass die Debatte über Umfang und Kontrolle von Migration in einen kausalen Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft und der Arbeitnehmerfreizügigkeit (*free movement of workers*) gesetzt wird. Die ebenso bedeutende Einwanderung aus nicht EU-Staaten und die besonderen Beziehungen zu den Commonwealth-Mitgliedstaaten werden dabei kaum oder nur am Rande erwähnt. Der (berechtigte) Stolz ein weltoffenes Land zu sein ist der steigenden Sorge gewichen dem ständig steigenden Strom von Migranten nicht mehr Herr werden zu können.

Ein weiteres Merkmal ist die geographische Streuung der Diskussion. Die Hauptstadt London ist einer der wohl kulturell vielfältigsten Städte der Welt, der Einfluss von Migration ist vielfältig sichtbar und wird allgemein als positiver Wert wahrgenommen. Eine Sorge oder gar Angst vor Überfremdung ist hier wenn überhaupt dann nur punktuell und im Zusammenhang mit radikalisiertem Islamismus erkennbar. Allerdings ist auch in London deutlich, dass eine gewisse „Gettobildung“ in dem Sinne erfolgt, dass bestimmte Nationalitäten in bestimmten Stadtteilen eine klare Konzentration aufweisen.

Anders stellt sich dies in ländlichen Gebieten und vor allem in weiten Landsteilen Englands dar. Insbesondere in den südlichen Landesteilen ist die Ablehnung gegen Migration deutlich spürbar, nicht umsonst hat hier die rechtspopulistische UKIP Partei mit einem klaren Anti-EU und Anti-Migrationsdiskurs den meisten Zulauf und erzielte bei der letzten EU-Wahl 2014